

Dr. Jochen Weichold / Dr. Horst Dietzel:

Bundestagswahl 2009 – Wahlprogramme der Parteien im Vergleich

3 Funktionen von Programmen (I)

- Programme dienen der Orientierung der Partei.
- Programme dienen der Positionierung der Partei gegenüber ihren politischen Konkurrenten.
- Programme müssen den verschiedenen Flügeln und Strömungen einer Partei politische Heimat bieten.

3 Funktionen von Programmen (II)

Diese drei Funktionen sind nicht
völlig kompatibel und stehen daher
in einem gewissen
Spannungsverhältnis zueinander.

Die Botschaften der Parteien

(I)

CDU/CSU: Für die Wiederbelebung der Sozialen Marktwirtschaft. Der Staat müsse helfen, die Selbstheilungskräfte des Marktes neu zu wecken.

Mehr Wirtschaftswachstum = Haushalts-Konsolidierung + Senkung der Steuern + mehr Zukunftsinvestitionen

Die Botschaften der Parteien (II)

SPD: Für die Wiederbelebung der Sozialen
Marktwirtschaft.

Das marktradikale Zeitalter ist gescheitert.
Für einen starken, handlungsfähigen Staat.

Die Botschaften der Parteien (III)

FDP: Leistung muss sich lohnen.

Mehr Netto vom Brutto.

Mehr Eigenverantwortung gegen
Bevormundung durch „bürokratische
Auswüchse“ des „sozialdemokratischen
Wohlfahrtsstaates“.

Die Botschaften der Parteien (IV)

Die Grünen: Für einen Grünen Neuen
Gesellschaftsvertrag.

= Klima + Gerechtigkeit + Freiheit

Für eine neue industrielle Revolution: „Wir
müssen aufbrechen ins solare Zeitalter.“

Die Botschaften der Parteien (V)

DIE LINKE: Die Alternative lautet:
renditeorientiertes Gesellschaftsmodell zulasten
der Bevölkerung **oder** Einstieg in eine andere
Gesellschaft mit den Bedürfnissen der
Menschen im Mittelpunkt.
Je stärker DIE LINKE, desto sozialer unser Land.

Wirtschaftspolitik (I)

CDU/CSU und FDP:

- Stärkung des Mittelstandes
- Investitionen in Bildung und Wissenschaft
- Ausbau der Infrastruktur
- Abbau der Bürokratie
- „Eine Politik, die den Mittelstand stärkt, ist die beste Wirtschaftspolitik.“ (FDP)

Wirtschaftspolitik (II)

SPD:

- Öffentliche Zukunftsinvestitionen
- Öffentliche Daseinsvorsorge
- Faire Wettbewerbsregeln für öffentliche Unternehmen im nationalen und europäischen Raum
- EU-Mitgliedsstaaten entscheiden selbst über Daseinsvorsorge

Wirtschaftspolitik (III)

Die Grünen:

- Green New Deal = 1 Mio. Arbeitsplätze:
- 400.000 durch ökolog. Modernisierung
- 185.000 durch Bildungsinvestitionen
- 150.000 d. Invest. ins Gesundheitssystem
- 60.000 im sozialen Arbeitsmarkt
- 200.000 durch Abbau von Schwarzarbeit

Wirtschaftspolitik (IV)

DIE LINKE:

- Zukunftsprogramm für 2 Mio. Arbeitsplätze
- mit Investitionen von 100 Mrd. € pro Jahr in Bildung, Gesundheit, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr
- Zukunftsfonds von weiteren 100 Mrd. € für eine nachhaltige Wirtschaft
- Stopp von Privatisierungen

Arbeitsmarktpolitik (I)

Allgemeine, gesetzliche Mindestlöhne:

- **SPD, Grüne, LINKE:** dafür (SPD und Grüne: 7,50 €; DIE LINKE: 10,00 €)
- **CDU/CSU und FDP:** generell gegen Mindestlöhne (CDU für Kombi-Löhne)

Arbeitsmarktpolitik (II)

Mini-Jobs:

- **CDU/CSU:** will sie erhalten
- **FDP:** ohne Sozialabgaben erweitern: Erhöhung der Einkommensgrenze von 400 auf 600 €
- **SPD:** wieder auf 15-Wochenstunden beschränken
- **Die Grünen:** sehen sie wegfallen, wenn sich ihr Modell der Entlastung der unteren Einkommen von Sozialversicherungsbeiträgen durchsetzt
- **DIE LINKE:** abschaffen

Arbeitsmarktpolitik (III)

Leiharbeit:

- **CDU/CSU und FDP:** kein Handlungsbedarf für Veränderungen
- **SPD, Die Grünen und DIE LINKE:** wollen das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ durchsetzen
- **DIE LINKE:** für strikte Begrenzung der Leiharbeit und für eine zusätzliche Flexibilitätsvergütung für LeiharbeiterInnen

Arbeitsmarktpolitik (IV)

Arbeitnehmerrechte und Mitbestimmung :

- **FDP:** gegen allgemeingültige Tarifverträge, Mitbestimmung begrenzen, Kündigungsschutz einschränken. Ersetzung der paritätischen Mitbestimmung durch die Drittelparität.
- **SPD, Die Grünen und DIE LINKE:** wollen Arbeitnehmerrechte ausbauen
- **DIE LINKE:** für Wirtschaftsdemokratie, Ausweitung des Kündigungsschutzes, Verbot von Massenentlassungen, für das Recht auf politischen Streik. Paritätische Mitbestimmung ab 100 Beschäftigten. Beteiligung der Belegschaften an den großen Unternehmen.

Finanzpolitik (I)

CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne wollen:

- Banken- und Finanzmarktaufsicht verbessern
- Private-Equity- und Hedge-Fonds regulieren
- Steueroasen austrocknen

CDU/CSU und FDP:

- Unabhängigkeit der EZB erhalten

SPD, Grüne und LINKE:

- Börsenumsatzsteuer einführen

Finanzpolitik (II)

Allein **DIE LINKE** will:

- Banken vergesellschaften
- Finanzsektor der öffentlichen Kontrolle unterwerfen und strikt regulieren
- Außerbilanzielle Zweckgesellschaften, Hedge-Fonds und Private-Equity-Fonds verbieten
- zu festen Wechselkursen zurückkehren
- EZB kontrollieren

Steuerpolitik (I)

Einkommenssteuer:

- **CDU/CSU:** Eingangssteuersatz schrittweise senken; Spitzensteuersatz erst ab 60.000 €
- **FDP:** generelle Senkung der Steuerbelastung durch Änderung des ganzen Einkommens-Steuersystems: Stufentarif mit Grundfreibetrag und den drei Stufen 10, 25 und 35 %
- **SPD:** Senkung des Eingangssteuersatzes und Bonus von 300 € für diejenigen, die keine Steuererklärung abgeben
- **Die Grünen:** Erhöhung des Grundfreibetrages und des Spitzensteuersatzes; Entlastung der Geringverdiener durch Reduzierung der Sozialabgaben
- **DIE LINKE:** Erhöhung des Grundfreibetrages, Erhöhung des Spitzensteuersatzes, aber erst ab 65.000 €

Steuerpolitik (II)

Ehegattensplitting:

- **CDU/CSU:** voll erhalten
- **SPD:** so ausgestalten, dass der Splittingvorteil bei hohen Einkommen gekappt wird
- **Die Grünen:** abschaffen
- **DIE LINKE:** abschaffen

Steuerpolitik (III)

Unternehmensbesteuerung:

- **FDP:** Unternehmen deutlich entlasten; Zwei-Stufen-Tarif von 10 und 25 % für Unternehmen, gleich welcher Rechtsform
- **Die Grünen:** Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer und damit ebenfalls Erweiterung der Bemessungsgrundlage. Einbeziehung der Freiberufler in die Gewerbesteuer. Weiterführung der ökologischen Steuerreform.
- **DIE LINKE:** Rücknahme der Senkung der Körperschaftssteuer von 25 auf 15 % und Verbreiterung der Bemessungsgrundlage

Steuerpolitik (IV)

Mehrwertsteuer:

- **CDU/CSU:** strukturell überprüfen und nicht mehr zeitgemäße Belastungen korrigieren
- **CSU:** für niedrigeren Mehrwertsteuersatz (z.B. 7 %) für das Hotel- und Gaststättengewerbe
- **DIE LINKE:** ermäßigten Umsatzsteuersatz von 7 % auf Produkte und Dienstleistungen für Kinder, apothekenpflichtige Arzneimittel und arbeitsintensive Dienstleistungen des Handwerks, auf Hotellerie und Gastronomie sowie auf den Schienenpersonenverkehr ausweiten

Steuerpolitik (V)

Erbschaftssteuer u.ä.:

- **CDU/CSU:** Kompromiss mit der SPD „überprüfen“
- **CSU:** ändern. Die Zuständigkeit für ihre Regelung soll auf die Länder übergehen.
- **Die Grünen:** große Erbschaften stärker als bisher zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben heranziehen; für zeitlich befristete, einmalige *Vermögensabgabe* zur Bewältigung der Krise
- **DIE LINKE:** Erhöhung der Erbschaftssteuer und Wiedereinführung der Vermögenssteuer als *Millionärssteuer* (ab 1 Mio. 5 %)

Sozialpolitik (I)

Gesundheitspolitik:

- **CDU/CSU:** kein Kurswechsel angestrebt
- **FDP:** „Privat kommt vor Staat.“ Private Krankenkassen stärken. Gesundheits-Fonds abschaffen. Für eine Krankenversicherung, die generell auf einem Prämiensystem mit Kapitaldeckung beruht.
- **SPD, Grüne und LINKE:** für Bürgerversicherung, in die alle Bürgerinnen und Bürger einbezogen werden.

Sozialpolitik (II)

Rentenpolitik:

- **CDU/CSU, FDP, SPD und Grüne** betonen die Notwendigkeit von betrieblichen Renten und privater Vorsorge und deren Förderung durch den Staat.
- **CDU/CSU:** private Vorsorge steuerlich besser stellen
- **FDP:** Alterssicherung generell stärker in Richtung private Kapitaldeckung umbauen
- **SPD, Grüne und LINKE:** Parität der Beitragszahlungen von Arbeitgeber und Arbeitnehmer wiederherstellen; Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung erweitern
- Allein **DIE LINKE** will die staatliche Unterstützung der privaten Vorsorge einstellen, alle Kürzungsfaktoren aus der Rentenformel wieder eliminieren und die Rente mit 67 zurücknehmen.

Sozialpolitik (III)

Regelungen beim ALG II:

- **CDU/CSU und SPD:** Regelungen beibehalten; Verbesserungen lediglich beim Schonvermögen für die Altersvorsorge.
- **FDP:** für Bürgergeld, in das *alle* Sozialleistungen (inklusive der für Miete usw.) eingehen sollen. Schonvermögen: 750 €.
- **Die Grünen:** 420 € als Regelsatz. Grundsicherung ohne Sanktionen. Entschärfung der Zumutbarkeitsregeln. Verbesserung der Zuverdienstgrenzen. Abschaffung der Anrechnung von Partnereinkommen. Besserer Schutz für die private Altersvorsorge.
- **DIE LINKE:** Abschaffung von Hartz IV. Umwandlung aller Ein-Euro-Jobs in tariflich bezahlte Arbeitsverhältnisse. Mindestsatz 500 €. Übernahme nachweisbarer Sonderbedarfe. Abschaffung der Sanktionen und der U 25-Regelung. Schonvermögen: 700 €.

Umweltpolitik (I)

- In **allen** untersuchten Wahlprogrammen stehen Klima-Schutz und Energiepolitik im Zentrum.
- Für **CDU und CSU** hat – trotz vieler grüner Elemente – stets die Ökonomie Priorität, nicht die Ökologie.
- Während vor allem die **FDP** glaubt, der Markt sei *das* ideale Steuerungsinstrument in der Umweltpolitik,
- setzen **Die Grünen** und die **SPD** auf einen Mix aus ordnungsrechtlichen und marktwirtschaftlichen Elementen.
- **DIE LINKE** betont (bei deutlichen Gemeinsamkeiten mit SPD und *Grünen*) auch in ihren umweltpolitischen Vorstellungen am stärksten von allen Parteien den sozialen Aspekt und Fragen des Eigentums an den Produktionsmitteln.

Umweltpolitik (II)

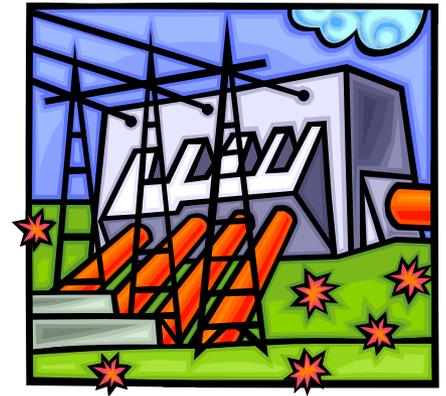
- Alle Parteien sehen im **Klimaschutz** eine zentrale Aufgabe.
- Sie wollen dem globalen Klimawandel entgegensteuern und die negativen Auswirkungen der globalen Erwärmung begrenzen.
- Sie möchten dazu beitragen, die durchschnittliche Erwärmung der Erdatmosphäre auf maximal zwei Grad Celsius im Vergleich zur vorindustriellen Ausgangssituation zu beschränken.
- Der Treibhausgas-Ausstoß soll deutlich gesenkt werden.

Umweltpolitik (III)



- Während **CDU/CSU, FDP, SPD** und **Grüne** den *Emissionshandel* prinzipiell befürworten, zumeist weitere Branchen mit einbeziehen und ihn langfristig zu einem globalen System weiterentwickeln wollen,
- lehnt ihn **DIE LINKE** in seiner bisherigen Form ab. Sie plädiert für radikale ordnungspolitische Eingriffe in die Energiewirtschaft.

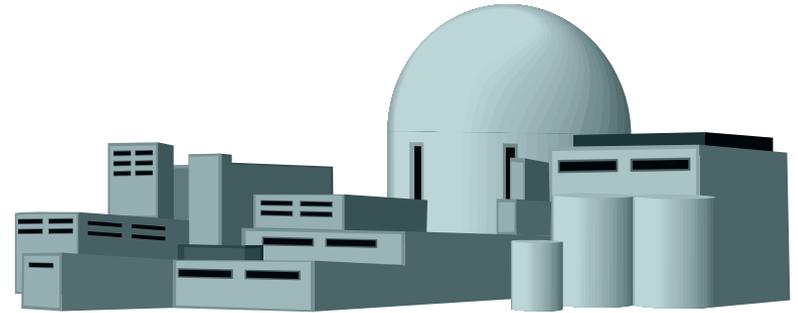
Umweltpolitik (IV)



- In der ***Energiepolitik*** setzen alle Parteien auf Erneuerbare Energien, auf Energieeffizienz und auf Energiesparen. Dennoch unterscheiden sich ihre Konzepte deutlich voneinander.
- Vor allem im Unterschied zur CDU/CSU und zur FDP will **DIE LINKE** die Energiekonzerne in öffentliches Eigentum überführen und einer demokratischen Kontrolle unterstellen.

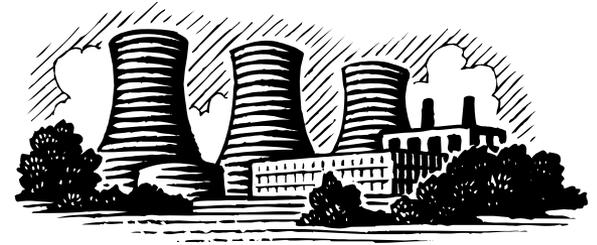
Umweltpolitik (V)

Hauptstreitpunkt Kernkraft:



- **CDU/CSU** und **FDP** halten die Kernenergie vorerst für einen unverzichtbaren Teil in einem ausgewogenen Energiemix und streben eine Laufzeitverlängerung sicherer Kernkraftwerke an.
- Dagegen wollen die **SPD** und **Die Grünen** den Atomausstieg ohne Wenn und Aber fortsetzen und komplett aus der Atomenergie aussteigen. Sie lehnen eine Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke ab.
- **DIE LINKE** fordert die unverzügliche und unumkehrbare Stilllegung aller Atomanlagen.

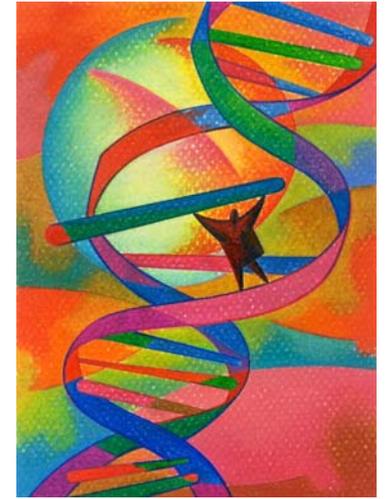
Umweltpolitik (VI)



Streitpunkt fossile Energieträger:

- **CDU/CSU, FDP** und **SPD** treten für eine effiziente Nutzung fossiler Energieträger ein, befürworten den Bau neuer hocheffizienter Kohlekraftwerke und setzen dabei auf die Technologie zur Abscheidung und Speicherung von CO₂ (CCS).
- **Die Grünen** und **DIE LINKE** lehnen den Bau neuer Kohlekraftwerke dagegen ebenso ab wie die CCS-Technologie.

Umweltpolitik (VII)



Streitpunkt Bio- und Gentechnologien:

- Während **CDU** und **FDP** prinzipiell für die Nutzung von Bio- und Gentechnologien eintreten,
- lehnen **Die Grünen** und **DIE LINKE**, aber auch die **CSU** insbesondere die Agro-Gentechnik ab.

Bildungspolitik (I)

- **Alle Parteien** betonen die Bedeutung von guter Bildung als entscheidendem Zukunftsfeld.
- **CDU/CSU, FDP, SPD** und **LINKE**: gesamtstaatlich 10 % des BIP für Bildung und Forschung bzw. 7 % für Bildung bereitstellen
- **Die Grünen**: massiv ins Bildungssystem investieren (dafür frei werdende Mittel des Solidaritätszuschlags als „Bildungssoli“ und Teile der Erbschaftssteuer nutzen)
- **DIE LINKE**: für nationalen Bildungspakt (jährlich rund 18 Mrd. € mehr für Bildung)

Bildungspolitik (II)



- **CDU/CSU** und **FDP**: Bildung soll Ländersache bleiben.
- **SPD**, **Grüne** und **LINKE**: Ein sozial gerechtes und zukunftsfähiges Bildungssystem muss eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen werden.
- Während **CDU/CSU** und **FDP** das gegliederte Schulsystem nicht in Frage stellen,
- treten die **SPD**, **Die Grünen** und **DIE LINKE** für ein längeres gemeinsames Lernen ein und wollen das gegliederte Schulsystem überwinden.

Bildungspolitik (III)



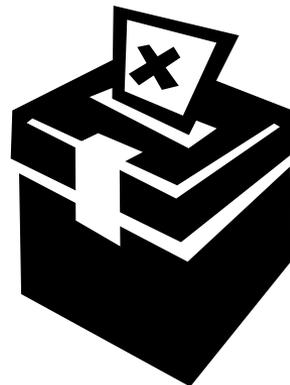
- Während die **FDP** die Erhebung von „Studienbeiträgen“ befürwortet,
- lehnen die **SPD, Die Grünen** und **DIE LINKE** *Studiengebühren* ab.
- Während **CDU/CSU** und **SPD** in der *Berufsausbildung* auf den mit der Wirtschaft vereinbarten Ausbildungspakt setzen,
- fordern **Die Grünen** und **DIE LINKE** eine Ausbildungsplatzumlage.

Bürgerrechte und Demokratie (I)

- In dieser Frage zeigt sich ein tiefer Graben zwischen den *Grünen*, der **LINKEN**, der FDP und – mit gewissen Abstrichen – der SPD auf der einen Seite und der CDU/CSU auf der anderen Seite.
- Während **Die Grünen**, **DIE LINKEN**, die **FDP** und die **SPD** die Erweiterung von Bürgerrechten und Demokratie thematisieren,
- ist dies für die **CDU/CSU** kein Thema. Vielmehr laufen die von ihr anvisierten Maßnahmen im Kern auf eine deutliche Einschränkung von Bürgerrechten und Demokratie hinaus.

Bürgerrechte und Demokratie (II)

- Während sich die **FDP**, die **SPD**, **Die Grünen**, **DIE LINKE** und die **CSU** für die Einführung von Volksentscheiden und anderen Instrumenten der direkten Demokratie einsetzen,
- lehnt die **CDU** dies als populistisch ab.



Bürgerrechte und Demokratie (III)

Migrations- und Flüchtlingspolitik (Teil 1):

- Während sich vor allem **DIE LINKE** und **Die Grünen** für die Rechte von Flüchtlingen und Migranten einsetzen, deren Lage verbessern wollen und eine Abschottung der EU-Außengrenzen ablehnen,
- setzen **CDU** und **CSU** auf Begrenzung von Einwanderung.
- Während **CDU/CSU** und **FDP** ihre Einwanderungspolitik an den Interessen der deutschen Wirtschaft orientieren,
- lehnt **DIE LINKE** eine Migrationspolitik nach arbeitsmarktlichen Nützlichkeitskriterien ab.

Bürgerrechte und Demokratie (IV)

Migrations- und Flüchtlingspolitik (Teil 2):

- **CDU/CSU:** Deutschland = „Integrationsland“
- **FDP, SPD, Grüne** und **LINKE:** „Deutschland ist ein Einwanderungsland.“
- **CDU/CSU:** gegen eine generelle Hinnahme doppelter Staatsbürgerschaften, gegen ein kommunales Wahlrecht für Ausländer
- **FDP, SPD, Grüne** und **LINKE:** für die Möglichkeit der doppelten Staatsangehörigkeit, für ein kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-BürgerInnen

Außen- und Sicherheitspolitik (I)

- Alle Parteien betonen die Bedeutung von Friedenssicherung und Abrüstung und den Gedanken, durch präventive diplomatische Schritte das Ausbrechen internationaler Konflikte zu vermeiden.
- **FDP, SPD, Grüne** und **LINKE** streben explizit eine Welt ohne Atomwaffen an.



Außen- und Sicherheitspolitik (II)

- Alle Parteien setzen sich in ihren Programmen für ein gutes Verhältnis sowohl zu den **USA** als auch zu **Russland** ein.
- Nur **DIE LINKE** vermeidet eine Aussage zur transatlantischen Partnerschaft, **Die Grünen** eine zu Russland.

Außen- und Sicherheitspolitik (III)



Haltung zur *NATO*:

- **CDU/CSU, FDP, und SPD** bekennen sich zur NATO.
- **Grüne**: NATO bleibt als Klammer transatlantischer Sicherheitskooperation relevant.
- **DIE LINKE**: für Auflösung der NATO und Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands.

Außen- und Sicherheitspolitik (IV)

- In der Frage einer verstärkten *militärischen Zusammenarbeit in der EU* gibt es einen unüberbrückbaren Graben zwischen CDU/CSU, FDP, SPD und *Grünen* auf der einen Seite und der Partei DIE LINKE auf der anderen Seite.
- Während **CDU/CSU, FDP, SPD** und **Grüne** – wenn auch sehr differenziert – dafür eintreten, einen militärischen Arm der EU zu schaffen,
- will **DIE LINKE** die Europäische Verteidigungsagentur durch eine Abrüstungsagentur ersetzen.

Außen- und Sicherheitspolitik (V)

- Während **CDU/CSU**, **FDP** und **SPD** die **Bundeswehr** für ein unverzichtbares Instrument sowohl für die Landes- und Bündnisverteidigung als auch für internationale Krisenvorsorge und Krisenbewältigung halten und diese Armee modernisieren wollen,
- streben **Die Grünen** und **DIE LINKE** ihre deutliche Reduzierung an (*Die Grünen*: 200.000 Personen).
- Allein **DIE LINKE** ist gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr – auch unter UN-Mandat

Außen- und Sicherheitspolitik (VI)

Haltung zur *Wehrpflicht*:

- **CDU/CSU**: bleibt auch zukünftig notwendig.
- **FDP**: aussetzen und Bundeswehr in Freiwilligenarmee umwandeln.
- **SPD**: „fortentwickeln“ – nur diejenigen einberufen, die sich zuvor bereit erklären.
- **Die Grünen** und **DIE LINKE**: ganz abschaffen!

Außen- und Sicherheitspolitik (VII)

Afghanistan-Politik:

- **CDU/CSU, FDP und SPD:** im Kern für ein „Weiter so“
- **Die Grünen:** für Strategiewechsel in Afghanistan hin zum zivilen Aufbau und weg von der militärischen Eskalation
- **DIE LINKE:** für sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan!

Außen- und Sicherheitspolitik (VIII)



Europa-Politik:

- Alle Parteien bekennen sich zur EU.
- Während **CDU/CSU** und **FDP** hinsichtlich der europäischen Integration unterstreichen, dass die *Erweiterung* der EU zur gleichen Zeit eine *Vertiefung* des Einigungsprozesses erfordere, damit Europa handlungsfähig bleiben könne, und für eine Konsolidierungsphase eintreten,
- wollen **SPD** und **Grüne** die EU-Erweiterungspolitik ohne derartige Vorbedingung als erfolgreiche Friedenspolitik fortführen.

Außen- und Sicherheitspolitik (IX)

- Während **FDP, SPD** und **Die Grünen** für eine Voll-*Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union* eintreten, wenn sie die „Kopenhagener Kriterien“ vollständig und umfassend erfüllt,
- plädiert die **CDU/CSU** lediglich für eine „Privilegierte Partnerschaft“.
- **DIE LINKE** vermeidet eine Aussage.

Außen- und Sicherheitspolitik (X)

Entwicklungszusammenarbeit (Teil 1):

- Alle Parteien (außer CDU/CSU): für UN-Millennium-Entwicklungsziele, bis 2015 Armut und Hunger in der Welt zu halbieren
- Alle Parteien (außer FDP): Mittel für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit auf 0,7 Prozent des BIP steigern

Außen- und Sicherheitspolitik (XI)

Entwicklungszusammenarbeit (Teil 2):

- Während **CDU/CSU** und **FDP** den Grundsatz des freien Welthandels betonen und jede Form von Protektionismus ablehnen,
- wollen **Die Grünen** und **DIE LINKE** den Entwicklungsländern die Möglichkeit einräumen, ihre noch im Aufbau befindliche Wirtschaft vor übermächtiger Konkurrenz zu schützen.
- **Die Grünen** und **DIE LINKE** möchten vor allem die ärmsten Entwicklungsländer entschulden.

Resümee (I)

Achse „Neoliberalismus versus Sozialstaatsorientierung“

**auf den Politikfeldern Wirtschafts-, Finanz-, Steuer-,
Haushalts- und Sozialpolitik**

FDP

CDU/CSU

SPD Grüne

DIE LINKE

Neoliberalismus

Sozialstaatsorientierung

Resümee (II)

*Achse „libertäre versus autoritäre
Orientierung“*

auf den Politikfeldern Demokratie und Bürgerrechte

DIE LINKE

Grüne

FDP

SPD

CDU/CSU

libertäre Orientierung

autoritäre Orientierung

Resümee (III)

*Achse „nationale (und tendenziell nationalistische)
Orientierung versus weltoffene Orientierung“*

CDU/CSU

SPD

DIE LINKE

FDP Grüne

nationale Orientierung

weltoffene Orientierung

Resümee (IV)

Außen- und Sicherheitspolitik

CDU/CSU

FDP SPD

Die Grünen

DIE LINKE

für NATO,
Militäreinsätze,
Afghanistan-Einsatz

NATO auflösen, generell gegen
Kriegseinsätze, Abzug der
Bundeswehr aus Afghanistan

**Danke für die
Aufmerksamkeit!**